

Mag. Gerhard Milchram  
Am Gries 339  
2880 KIRCHBERG/WE.

Kirchberg, 21. 9. 2013

### Stellungnahme zum Dienstrechtsentwurf

Sehr geehrte Damen und Herrn!

Ich möchte Ihnen mein äußerstes Befremden darüber ausdrücken, dass es zu einer Behandlung dieses Gesetzesentwurfs ohne vorherige sozialpartnerschaftliche Einigung kommen soll. Dies widerspricht einer jahrzehntelangen gelebten Gesprächskultur der Sozialpartner, auf denen der „Friede“ unserer Gesellschaft beruht.

Nachdem ich jetzt die Eckpunkte des Gesetzesentwurfs gelesen habe, kann ich auch voll und ganz verstehen, dass die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst diesem seine Zustimmung nicht geben konnte.

Von allen Verschlechterungen möchte ich vor allem einen Punkt herausgreifen, der offensichtlich aus der realitätsfernen Sichtweise sogenannter selbsternannter Experten verfasst sein muss:

Bisher war es vorgesehen, dass neu einzustellende Lehrerinnen und Lehrer ein Unterrichtspraktikum zu absolvieren hatten. Dies umfasste den selbständigen Unterricht in zwei verschiedenen Klassen (je nach Fächerkombination unterschiedliche Stundenanzahl von 4-8 Stunden), den begleitenden Unterrichtsbesuch anderer Kolleginnen und Kollegen (hospitieren) und der Besuch begleitender Seminare. Aus langjähriger Erfahrung weiß ich, dass ein Neueinsteiger in diesem Beruf für eine Unterrichtsstunde etwa 2-3 Stunden an Vorbereitungszeit aufwendet.

Im neuen Entwurf sollen NeueinsteigerInnen allerdings 24 Stunden unterrichten, zusätzlich noch hospitieren und ihre begleitenden Seminare besuchen. Nebenbei sollen sie auch noch in den folgenden 5 Jahren ein Masterstudium absolvieren. All das ist beim besten Willen nicht nur nicht möglich, es widerspricht bei genauerer Betrachtung auch jeder derzeit geltenden Arbeitszeitverordnung!

Dass uns zu allem Überdross auch noch weisgemacht wird, dass diese und ähnliche Regelungen zum Wohl der uns anvertrauten Kinder geschehen soll, ist wohl nur noch als Hohn zu verstehen.

Ich verwehre mich gegen die menschenverachtende „Hetze“ gegen den Lehrberuf, sei es aus jedweder politischen „Ecke“ oder auch von inseratengesteuerten Printmedien.

Dieser Gesetzesentwurf ist in der vorliegenden Form rundweg abzulehnen!!!

Mit freundlichen Grüßen  
Mag. Gerhard Milchram